

Kriege, Flüchtlinge, Spaltung der Gesellschaft: Wie sollte die Außenkulturpolitik auf die aktuellen politischen Krisen reagieren? Wie kann ein Dialog zwischen Kulturschaffenden und der Zivilgesellschaft aussehen?

Wir brauchen neue Brücken

VON BERND THUM

Niemand zweifelt daran, dass der Dialog zwischen Europa und Afrika intensiviert werden muss. Bildung und Kultur gehören dabei neben der wirtschaftlichen Stabilisierung zu den zentralen Aufgaben euroafrikanischer Politik. Bisher hat Deutschland aber mit keinem der Sahel-Länder außer dem Senegal ein Kulturabkommen geschlossen, nicht einmal mit Algerien, dessen Süden zur Sahelzone gehört. Erst durch die epochale Migrationsdynamik sind die westafrikanischen Sahel-Länder vom Senegal bis zum Tschad für die deutsche Öffentlichkeit und Politik interessant geworden. Sogar die Bundeskanzlerin ist im Oktober 2016 in die Region gereist. Migration und Sicherheitspolitik standen im Vordergrund ihrer Gespräche.

In dieser Situation bietet es sich an, einen neuen „sozialen“, multilateralen, interaktiven, sogar „bürgergesellschaftlichen“ Kulturbegriff zu verwenden. Auswärtige Kulturpolitik, die der Zivilgesellschaft Handlungsspielraum gibt, sollte sich bei ihrer Unterstützung nicht zu eng an den jeweiligen außenpolitischen Konstellationen orientieren. Diese können sich kurzfristig ändern. Aber wie wäre es, auf der Grundlage langfristiger wirkender wirtschaftlicher, politischer und demografischer Fakten eine Karte der großen Interaktionsräume zu erstellen, in denen Deutschland, eingebunden in ein funktionales Beziehungsgefüge regionaler, aber auch globaler Akteure, seinen spezifischen Ort hat? In den räumlichen Konturen, die sich aus einem solchen Beziehungsnetz ergeben, könnten sich im Rahmen einer multilateralen Kulturpolitik, die zivilgesellschaftliche Akteure aus verschiedenen Ländern zusammenführt, neue politische Orientierungen entwickeln.

Der Begriff des funktionalen Raums wird vor allem in der Sozialgeografie verwendet, aber auch in der Wirtschaftspolitik. Funktionale Räume werden erkennbar durch eine besondere, vielschichtige Verdichtung von Beziehungen. Es sind Räume, die über politische Grenzen hinweg entstehen, sich von dynamischen Zentren aus von innen nach außen entwickeln. Zum Beispiel ist der transatlantische Raum ein solcher oder der europäisch-russisch-zentralasiatische, in den China mit seinem Seidenstraßenkonzept gerade eine eigene geopolitische Transversale legt und mit chinesischem Sprachunterricht und Konfuzius-Instituten in den Ländern der ehemaligen Seidenstraße auch kulturpolitisch verstärkt. Eine besondere, aktuelle



Bernd Thum ist emeritierter Professor am Institut für Germanistik des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Er ist Gründungspräsident der Stiftung Wissensraum Mittelmeer (WEM) e. V.

Bedeutung hat für Deutschland der europäisch-mittelmeerisch-subsaharische Raum, ein bis auf die Antike zurückgehendes dynamisches Gefüge mit dem Mittelmeer als Epizentrum. In diesem Raum überlagern sich seit alters Wirtschaft, kulturelle Energien, wechselseitiges Machtstreben und Religion. Heute ist er, von Nordeuropa bis in den Sahel, geprägt von einer epochalen Massenmobilität, teils gemeinsamen, teils auseinanderstrebenden kulturellen Orientierungen, religiös unterfütterten Konflikten, Klimawandel, Fragen globaler Wirtschaftsordnung und Sicherheitsproblemen.

Die Europäische Union führt eine Nachbarschaftspolitik, die auf funktionale Räume als Basis eines multilateral angelegten außenkulturpolitischen Handelns ausgerichtet ist. Doch ist sie hierbei nicht konsequent. Zum Beispiel endet die südliche Nachbarschaftspolitik,

konstituiert in der Form einer Union für den Mittelmeerraum, mit den Maghreb-Staaten. Die mit diesen und Europa funktional so eng verbundenen Sahel-Länder, deren klimatische, wirtschaftliche und demografische Probleme mit der Migration tief nach Europa hineingreifen, sind in der südlichen Nachbarschaftspolitik, der Mittelmeerunion, nicht vertreten. Leider bleiben die europäischen Nachbarschaftspolitiken zu sehr an staatliche Grenzziehungen gebunden. Als Institutionen mit sehr beschränkten Möglichkeiten politischer Willensbildung können sie auch zivilgesellschaftliche Akteure zwar zu einer intensiveren Kommunikation, kaum aber zu einer aktiven Mitgestaltung der Politik – notfalls auch „gegen den Strich“ – motivieren.

Wird hier der Staat als außenkulturpolitischer Akteur entwertet? Das wäre ein gefährlicher Fehlschluss. Die staatlichen Akteure sollten multilateralen zivilgesellschaftlichen Initiativen Freiräume sichern, sowohl im Rahmen Auswärtiger Kulturpolitik als auch gegenüber anderen Staaten. Und sie sollten diesen Initiativen, indem sie ihnen einen rechtlichen Status geben, bei der Aufgabe helfen, sich im institutionell ungefestigten funktionalen Raum vor Aggressionen, aber auch Übernahmen zu schützen. So wie es im Austausch mit den USA eine Atlantik-Brücke gibt, wäre auch eine Mittelmeer-Sahara-Brücke denkbar, die engagierte und sprachmächtige Persönlichkeiten und zivilgesellschaftliche Initiativen zusammenführt.